

Gute Chancen

Von Bernd Amsberg

Mindestens 25 000 Unterschriften will und muss das Aktionsbündnis für sein Bürgerbegehren zusammentragen. Das ist ein ehrgeiziges Ziel. Dennoch sind die Chancen, dass das klappt, gar nicht so gering. Zum einen ist das Bündnis mit Parteien und Gewerkschaften sehr breit aufgestellt. Zum anderen sind die Klini-

ken ein Thema, zu dem fast jeder Bürger eine Meinung hat. Und schließlich sind die Ereignisse um die Kliniken doch ein wenig merkwürdig: Ohne dass die konkreten Zahlen des Jahres 2008 vorliegen, soll ein großer Teil der Kliniken verkauft werden, an wen auch immer, und das unter enormem Zeitdruck. Beste Voraussetzungen für eine erfolgreiche Unterschriftenaktion.

LESERBRIEFE

Die Leserbriefे stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor.

Wohnortsnahe Versorgung

Betr.: Erhalt der Urologie in Wedel

Gerüchte über die Schließung des Krankenhauses Wedel bis zur Teilschließung oder anteiliger Verkauf der Regio-Kliniken an Investoren kursieren. Das Netzwerk niedergelassener Urologen Schleswig-Holstein Süd (NUSS) möchte seine Position zur Urologie unter dem Chefarzt Dr. med. Tobias Pottke darstellen. Seit Anfang 2008 besteht die urologische Hauptabteilung in Wedel. Hohe Operationszahlen bestätigen eine hervorragende Qualität der Ar-

beit. Es werden hohe Operationskapazitäten bei kurzen Liegezeiten, um unsere Patienten wohnortsnahe versorgen zu können, gebraucht. Wir wollen und können das Urologische Zentrum Wedel nicht verlieren. Sollten sich jedoch durch Schließung oder Verlegung in ein anderes Haus der Regio-Kliniken mit Reduktion der Betten- oder OP-Kapazitäten die Bedingungen verschlechtern, könnte NUSS zum Wohle seiner Patienten gezwungen sein, auf diese negative Veränderung entsprechend zu reagieren.

Dr. med. Matthias Bauermeister, Dr. med. Tobias von Kügelgen

Kliniken: Bündnis gegen Privatisierung

Mit Unterschriftensammlungen soll der Verkauf von Anteilen der Regio-Kliniken gestoppt werden.

Von Bernd Amsberg

Elmshorn. Der Satz ist eindeutig: „Die Regio-Kliniken GmbH soll weiterhin im Besitz des Kreises bleiben und nicht an einen privaten Gesundheitsanbieter verkauft werden. Dafür stimme ich mit Ja.“ So steht es über dem vom „Aktionsbündnis Pro Regio-Kliniken“ initiierten Bürgerbegehren. Wenn mindestens 25 000 wahlberechtigte Bürger aus dem Kreis Pinneberg unterzeichnen, könnte der vom Kreistag geplante Teilverkauf der Regio-Kliniken gestoppt werden.

In der Theorie klingt das simpel. Doch in der Praxis steht dem Aktionsbündnis ein hartes Stück Arbeit bevor. Denn die Zeit ist knapp. Bis zum Ende des Monats müssen die Unterschriftenlisten vorliegen, damit sie spätestens am 5. August in der Pinneberger Kreisverwaltung eingereicht werden können. „Wir wissen, dass das viel Arbeit ist, aber wir sind sehr guten Mutes, dass wir das Bürgerbegehren mit vereinten Kräften erfolgreich abschließen werden“, sagte Steffen Kühhirt, Landesfachbereichsleiter der Dienstleistungs-Gewerkschaft ver.di. Außer der Gewerkschaft



P. Hölzel (Grüne), H. Birke (SPD), Herta Laages (Betriebsrat), Rolf Tschochner (DGB), S. Kühhirt (ver.di), C.-P. Matetzki (Linke, v.l.).
Foto: Rohr

gehören zum Bündnis SPD, Grüne und Linkspartei sowie Arbeitnehmervertreter der Kliniken.

Doch mit den Unterschriften von zehn Prozent der Wahlberechtigten im Kreis Pinneberg wäre nur die erste Hürde genommen. Wenn dieses Bürgerbegehren den Segen des schleswig-holsteinischen Innenministers bekommt, wird ein Bürgerentscheid eingeleitet. Und erst dabei können die Bürger konkret entscheiden, ob sie einen Teilverkauf der Kliniken wollen oder nicht. Wenn sie es nicht wollen, wäre der von CDU, FDP und Landrat geplante Verkauf von Klinikanteilen gestoppt. Für mindestens zwei Jahre.

Die Unterschriftensammlung hat bereits begonnen, wird aber nun intensiviert. Außer Straßensammlungen werden die Listen über Freunde und Bekannte weitergegeben. Außerdem haben nach Anga-

ben der Gewerkschaft bereits Ärzte, Awo, die „Brücke“ und die Lebenshilfe Listen erbeten.

Die Art und Weise, wie CDU, FDP und Landrat die Kliniken privatisieren wollten, sei „unerträglich“, sagte SPD-Chef Hannes Birke. Da es noch immer keinen Jahresabschluss gebe, wisse niemand, wo die Kliniken finanziell wirklich stünden, so Peter Hölzel (Grüne). „Wir fordern eine unabhängige Überprüfung durch einen Wirtschaftsprüfer“, sagte Birke. Kühhirt appelliert an CDU, FDP und Landrat, während des Bürgerbegehrens die Verkaufsverhandlungen auszusetzen.

CDU und FDP wollen mit dem Verkauf von Anteilen der Kliniken Geld bekommen, um die Liquidität des in wirtschaftliche Probleme geratenen Unternehmens zu sichern.

Das Aktionsbündnis plant, den Bürgerentscheid am Tag der Bundestagswahl, dem 27. September, durchzuführen.